

Herborner Tageblatt.

Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Erscheint an jedem Werktag.
Bezugspreis: Vierteljahr 2,40 M.
ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag
J. M. Beck'sche Buchdruckerei
Otto Beck.

Inserate: Kleine Beitzelle 20 Pfg.
Fernruf: Nr. 20.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 17518.

Nr. 227.

Freitag, den 27. September 1918.

75. Jahrgang.

Regierung und Parteien.

Erörterungen im Hauptausschuss des Reichstages.
Berlin, 25. September.

Grober, Scheidemann und Fischbeck — das waren die Männer, die heute im Namen der Mehrheitsparteien berieten, der Regierung gegenüber Stellung zu nehmen. Man könnte eigentlich sagen: gegen die Regierung Stellung zu nehmen, die bald vor einem Jahre aus ihren eigenen Reihen und auf ihre eigene Initiative hin gebildet worden ist. Tatsächlich befindet sich denn die Reichstagsmehrheit heute in mehr oder weniger ausgesprochener Opposition gegen das Ministerium Hertling, und fraglich ist nur, wie weit sie entschlossen sein wird, aus diesem ihren Stimmungswechsel praktische Folgerungen zu ziehen. Auch sie hielten es für richtig, diese Kernfrage der inneren Schwierigkeiten des Tages vorläufig noch im Dunkeln zu lassen. Überraschend wirkte freilich der an manchen Stellen recht scharf ausgesprochene Ton in der Rede des Zentrumsführers. Manche glaubten schon herauszuhören, daß der Abg. Grober drauf und dran sei, mit fliegenden Fahnen in das Lager der Scheidemann und Fischbeck überzugehen. Und wenn man die Reden dieser drei Parteiführer ihrem Sachgehalte nach miteinander vergleicht, so muß die weitgehende Übereinstimmung zwischen ihnen in der Tat einigermaßen verblüffen.

Aber trotzdem wird man gut daran tun, die Grober'sche Rede nicht ausschließlich nach dem zu beurteilen, was sie enthält, und auch nicht immer nach dem Ton, den sie anschlägt. Zweifellos sollte sie auch den inneren Meinungsverschiedenheiten in der Mitte des Zentrums gerecht werden und auch dem von Erbsberger geführten Flügel das Herz etwas erleichtern. Ebenso hatte sie auch die nicht minder wichtige Aufgabe zu erfüllen, dem nachfolgenden sozialdemokratischen Redner den Wind einigermaßen aus den Segeln zu nehmen. Immerhin bleibt ferner bestehen, daß das Zentrum der Politik der gegenwärtigen Regierung ohne jede Begeisterung gegenübersteht und daß die Partei nach wie vor der Veröffentlichung sozialdemokratischer „Mindestforderungen“ gewillt und bereit ist, die Arbeitsgemeinschaft mit Fortschrittler und Sozialdemokraten solange es irgend angeht, aufrechtzuerhalten. Diese wiederum wissen das Schwerkgewicht, das der Haltung der Zentrumsfraktion in der gegenwärtigen Lage des Reiches unter allen Umständen zukommt, nach Gebühr zu würdigen und so zeigten auch ihre Redner sich sorgsam bemüht, die Brücken zu der eigentlichen Partei der Mitte nicht abzureißen. Herr Scheidemann befehlte sich eines durchaus maßvollen Tones, und Herr Fischbeck hütete sich wohlweislich bei aller Kritik, die er an der Politik der Regierung zu üben hatte, das Guten in dieser Beziehung zu viel zu tun. Er verstand sich sogar dazu, die Anschauungen des Reichsanwalters v. Beyer über die Unabänderlichkeit unserer ökonomischen Friedenspolitik ausdrücklich gutzuheißen, was immerhin bei dem scharfen Druck, den die Sozialdemokratie gerade nach dieser Richtung auszuüben sucht, etwas belegen will. Danach hat man jedenfalls den Eindruck, daß weder das Zentrum noch die Fortschrittler einen Bruch mit der gegenwärtigen Regierung herbeiführen wollen und daß sie, soviel an ihnen liegt, auch bemüht sein werden, die Sozialdemokratie von einer endgültigen Fehdeanfrage gegen den Grafen Hertling zurückzuhalten. Ob und wie lange ihnen das gelingen wird, bleibt indessen eine offene Frage.

Der Führer der Nationalliberalen, Abg. Stresemann, der heute als letzter Redner zum Wort kam, legte mit gewohnter sachlicher Klarheit und Schärfe den Standpunkt seiner Gesinnungsgenossen dar. Er wußte wieder reiner und kräftiger nationale Melodien zum Erklingen zu bringen. Die Neigung seiner Partei, engere Fühlung mit den Mehrheitsparteien zu gewinnen, ist natürlich durch die Vorgänge der letzten Tage nicht verstärkt worden. Der morgige Tag dürfte vollends den Parteien der Rechten gehören, die am bestimmtesten für die Regierung eintreten, obwohl diese ohne ihre Mitwirkung zustande gekommen ist, sie also parteipolitisch nicht weniger als an sie gebunden sind. An der Regierung selbst wird es danach sein, daß Fraktionen aus dem Gesamtverlauf der Aussprache zu ziehen und die öffentliche Meinung wird dann darüber zu entscheiden haben, ob sie sich mit der Gesamthaltung unserer verantwortlichen Staatsmänner einverstanden erklären kann oder nicht.

Das deutsche Volk steht vor schicksalsschweren Entscheidungen. Dem Ausgang unserer inneren Kämpfe kommt jetzt nicht geringere Bedeutung zu, als dem schweren Ringen an allen Fronten, das unsere militärische Kraft auf die äußerste Probe stellt.

Der Verlauf der Sitzung.

Der Suborraum war am heutigen Tage überfüllt. Der Vorsitzende Abg. Ebert eröffnete die Sitzung um 10 Uhr. Erschienen waren Reichsanwalt v. Hertling in Begleitung seines Unterstaatssekretärs v. Radowicz, der Reichsanwalt v. Beyer, die Staatssekretäre v. Hinde, v. Waldow und v. Stein, Graf Rüdern, Vertreter des Kriegsministeriums und des Reichsmarineamts und viele andere hohe Regierungsbeamte. Auch die Reichstagsmitglieder waren sehr zahlreich zur Stelle. Präsident Fehrenbach wohnte ebenfalls der Sitzung bei. Den Reden der Redner eröffnete

Abg. Grober (Zentr.): Nach gelegentlichen Mißerfolgen darf man die Gesamtlage nicht beurteilen. Das sind Wechselkämpfe des Weltkrieges, die nicht ausbleiben. Unser Vertrauen zum Deere und zu seinen Führern ist unerschütterlich. Redner verlangte Ergänzungen vertraulicher Art zu den Ausführungen des Generalis v. Wrisberg. Die Rede des Reichsanwalters v. Beyer in Stuttgart war nicht eine gelegentliche Äußerung, sondern stellte ein

Aktionsprogramm der Regierung dar, das in Übereinstimmung mit der Obersten Geesetzgebung aufgestellt worden ist. Diese Übereinstimmung erreicht zu

haben, ist unter allen Umständen ein Verdienst des Grafen Hertling. Das Zentrum ist bereit, auf den Boden dieses Aktionsprogramms zu treten. Der Wille der Reichsregierung muß sich gegen alle Widerstände durchsetzen. Debit ist hierfür an den notwendigen Mitteln, so müssen sie geschaffen werden. Die Königswahl in Finnland ist eine innerfinnische Angelegenheit, und es darf kein Zweifel bestehen, daß Deutschland für den finnischen Thron irgendeine Sicherheit nicht übernehmen kann. Die Handwerker müssen ihr Selbstbestimmungsrecht auch wirklich ausüben dürfen. In ihrem eigenen Interesse haben sich die Handwerker Deutschlands genähert. Das donauische Interesse darf niemals maßgebend sein. Die Personalunion ist erledigt, sie liegt weder im Interesse Deutschlands, noch in dem der Handwerker.

In der Lösung der polnischen Frage

geht es nicht vorwärts. Es ist geradezu unglaublich, daß man noch zu keiner Entscheidung gekommen ist. Die Friedensentscheidung des Reichstages vom 19. Juli 1917 ist von der Reichsregierung übernommen und aufgegeben worden. Jetzt geht der Kriegsmilitär in einem Erlaß gegen dieses Friedensprogramm von Regierung und Reichstag vor. Das kann der Reichstag nicht leicht nehmen, und der Erlaß, mit dem der Reichsanwalt nicht einverstanden sein kann, muß zurückgezogen werden. Angehörig und lächerlich zugleich ist das Verbot von Versammlungen, in denen für das in der Regierungsvorlage enthaltene gleiche Wahlrecht geworben werden soll. Was ist das für eine Verwirrung in der Führung unserer Politik? Der gesamte Reichstag wird den Reichsanwalt unterstützen in dem Bestreben, solche schädlichen Querirretrieben zu beseitigen.

Abg. Scheidemann (Soz.): Der Reichsanwalt hat keine persönlichen Feinde im Hause. Aber die sachliche Gegnerschaft gegen seine Politik ist gewaltig gestiegen, und die Gegnerschaft der Sozialdemokratie ist rein sachlich. Der Reichsanwalt hat nicht verstanden, zu verhindern, was wir nicht wünschten, und durchzuführen, was wir verlangten. Das letzte Jahr war das schwerste. Wir sind dem Ziele nicht nähergekommen. Die Rückschläge im Westen haben so schwer enttäuscht, weil man so große Hoffnungen erweckt hatte, Hoffnungen, die viel zu weit gingen. Die Gegner geben sich aber einer Selbsttäuschung hin, wenn sie glauben, Deutschland zerschmettern zu können. Die geistigen Ausrichtungen der Deereverwaltung genügen nicht. Der Krieg muß darauf eingestellt werden, uns vor Zerschmetterung zu bewahren.

Nur ein Verteidigungskrieg

Ist die Kräfte aus, die wir brauchen. Das militärische Siegesideal ist nicht das unsere. Die Disziplin ist uns nicht verständlich. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker muß reiflos durchgeführt werden. Die Art, wie Staatssekretär v. Radowicz gehen mußte, mußte verhängnisvoll wirken, weil sie bewies, daß bei uns die bürgerliche Regierung nicht regiert. Diese Vorgänge haben an der Front ungünstig gewirkt. Die Eingriffe der Zensur sind unbegründet. Was wird nicht alles verboten! Die Stimmung im Lande wird in geradezu blödsinniger Weise verunstaltet. Wir sollen wir, was der Reichsanwalt wünschte, die Stimmung im Lande bessern, wenn das Militär sie gestandvoll? Und wie wirken diese Dinge auf die Stimmung an der Front! Die Ausführungen des Reichsanwalters über Belgien haben uns überrascht nach allem, was wir über die Vorgänge dort wissen und was Erbsberger neuerdings in seinem Buche dargestellt hat. Danach kann von einer belgischen Schuld nicht gesprochen werden. Wer für den Völkerverbund eintritt, muß auch den Willen haben, solches Unrecht wieder gutzumachen. Das Militär hat schwere politische Fehler gemacht, und wir dürfen die Dinge nicht so weitertreiben lassen. Wer diese Fehler bekämpft, wird unsere Unterstützung finden.

General v. Wrisberg: Der Erlaß des Kriegsministeriums richtet sich nicht gegen die Entscheidung des Reichstages vom 19. Juli. Dem Kriegsminister war vielmehr bekannt geworden, daß die Bestimmungen der Zentralstelle für Völkerverbund über den Rahmen jener Entscheidung hinausgehen sollten. Dabei die Anweisungen an die Generalkommandos. Die freiesministerielle Verfügung hinsichtlich der Behandlung der Wahlrechtsfrage ist längst zurückgezogen.

Abg. Fischbeck (Sp.): Die Lage ist ernst, aber wir haben auch nach unserer Auffassung keinen Grund, kleinmütig zu sein. Eine ganze Reihe von Umständen haben die Stimmung verabschiedet. Selbstverständlich müssen wir die bürgerliche Note unterstützen. Wir hoffen, daß die militärische Lage sich auch wieder bessert. Hoffnungen sind vorhanden, die Ernte ist besser und wir haben die Möglichkeit, durchzuhalten. Die politische Stimmung muß alles tun, um

die Kräfte im Innern zu stärken

und muß alle Hemmnisse beseitigen. Die früher trotz aller guten Absichten entstanden sind. Obenan muß der Sach stehen, daß wir einen reinen Verteidigungskrieg führen. Der Reichsanwalt hat verstanden, die Handhabung des Gesetzes über den Belagerungszustand zu mildern, und es sind Erlasse ergangen. Aber es wurde nicht besser, sondern schlimmer. Die Militärs wollten eben nicht und machten es nach ihrem Kopf. Die Wahlrechtsvorlage hatte den Zweck, das Vertrauen des Volkes zu beleben. Die Militärs aber verhindern, daß dieses Vertrauen aufkommt. Wir stehen auf dem Boden des Völkerverbundgedankens und werden ihn nach unseren Kräften fördern. Wir wollen zeigen, daß unser Militarismus nicht Selbstzweck ist, sondern nur dem Schutze der Heimat dient. Wir wollen nach Mitteln suchen, um künftige blutige Kriege unmöglich zu machen. Die Behandlung der Soldaten muß anders und besser werden. Nichts konnte die Stimmung mehr verderben, als die Erlasse Hinsingens und anderer, von denen der Reichsanwalt allerdings nichts gewußt hat. Manche Bestrebungen an unseren Öfen erregen tiefe Mißstimmung, so hinsichtlich der finnlandischen Königswahl, Elisabeth-Rothbrunn und der Personalunion mit den Randstaaten. Wir freuen uns, daß wenigstens die Personalunion erledigt zu sein scheint. Unter keinen Umständen darf Finnland ein deutscher Brückenaufbau werden. Demokratische Grundzüge müssen nicht nur im Innern gelten, sondern auch nach außen gegenüber den Randvölkern zum Beispiel Anwendung finden. Die Germanisierung ist so, wie sie geübt worden ist, nicht am Orte. Es geht uns ganz nach außen und nach innen. Wir sind einverstanden mit dem von Herrn v. Beyer in Stuttgart aufgestellten Programm. Die Regierung muß nun aber auch die Kraft haben, es durchzuführen.

Abg. Dr. Stresemann (natl.): Den Kriegsziele stimmen meine Freunde zu. Wir haben dabei von dem Gesichtspunkte aus, wie im Herbst 1917, nämlich, daß in schwerer Zeit die innere Beschaffenheit der Heimat am wichtigsten bleibt.

muß. Wir sind uns dabei bewußt, daß wir damit auf dem Gebiete der Kriegsziele eigene Wünsche hintanzustellen müssen. Die Ausführungen des Staatssekretärs v. Hinde haben unsere volle Zustimmung gefunden. Wir sind damit einverstanden, wenn mit den Randstaaten Konventionen abgeschlossen werden, die eine Konsolidierung der dortigen Verhältnisse herbeiführen. Die Handhabungen auf dem Gebiete des Belagerungszustandes sind bedauerlich. Die Verfassung des Kriegsministeriums, die dem Vorkrieg nach ein Eintreten für den Verständigungsfrieden mißbilligt, ist nicht zu rechtfertigen. Wir hoffen in Bezug auf die Wahlrechtsfrage, daß eine Verständigung zwischen Regierung und Herrenhaus gelingt.

Nach Dr. Stresemanns Rede wurde die Sitzung auf morgen vormittag vertagt.

Der Reichsanwalt über Zensur und Versammlungsrecht.

Weitere Verhandlungen des Hauptausschusses.

11. Berlin, 25. September.

Sofort nach Eröffnung der heutigen Sitzung des Reichstags-Hauptausschusses nahm der Reichsanwalt Graf Hertling das Wort zu folgenden Erklärungen:

Die Belandungen, die seitens von allen Rednern gegen die Handhabung der Zensur und des Vereins- und Versammlungsrechtes geltend gemacht sind, müssen von mir zu einem erheblichen Umfang als begründet anerkannt werden. Wenn allgemein in gewissen Korpsbezirken Verbote ergangen sind, daß in Versammlungen nicht über die Wahlrechtsvorlage gesprochen werden darf — und zwar weder von Freunden, noch von Gegnern der Vorlage —, so ist das ein nicht haltbarer Zustand, der übrigens inwieweit durch einen Erlaß des Ober-Militärbefehlshabers beseitigt ist. Nach der Lage der Verhältnisse und der zu ihrer Ausführung ergangenen Verordnungen sind der Reichsanwalt und die obersten Zivilbehörden der Bundesstaaten zurzeit nur in der Lage, durch Vorhaltungen und Darlegungen ihrer Auffassung eine Einwirkung auf die

zur Entscheidung allein befugten militärischen Stellen auszuüben, ist vom Abg. Fischbeck anerkannt worden, daß in einer Reihe von Korpsbezirken berechtigte Klagen über unzulässige Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechtes nicht erhoben werden können, während es andere Korpsbezirke gibt, in denen fortgesetzt bei jedem Zusammentritt des Hauptausschusses Klagen vorgetragen werden, deren Begründung zum Teil auch von mir anerkannt werden muß. An den materiellen Verhältnissen, die das Belagerungszustandsgesetz der vollziehenden Gewalt überträgt, kann nach meiner Überzeugung in Deutschland ebensowenig gerüttelt werden, wie dies in den anderen kriegführenden Staaten, ja sogar in den neutralen Ländern auf Grund allerer oder der für den Kriegszustand besonders erlassenen Gesetze geschieht. Der Krieg bringt es mit sich, daß den Behörden außerordentliche Vollmachten zur

Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung

übertragen werden müssen. Dagegen habe ich mich unter dem Eindruck einiger besonders empfindlicher Vorkommnisse der letzten Zeit davon überzeugt, daß bei der langen Dauer des Krieges in der Handhabung dieser außerordentlichen Vollmachten auf dem Gebiete der Zensur und des Vereins- und Versammlungsrechtes wesentliche Änderungen eintreten müssen. Wir sind in der Ermögung der verschiedenen Wege eingetreten, die zu diesem Ziele führen können. An sich erscheinen wohl als die nächstliegenden folgende:

Ein Eingriff der Kommandogewalt, durch die die Sachverständigkeit der Militärbehörden entsprechend eingeschränkt wird, oder eine Änderung der bestehenden Gesetzgebung in der Richtung, daß die den militärischen Instanzen selber allein angewiesenen Aufgaben je nach deren Charakter zwischen diesen und den in Friedenszeiten berufenen bürgerlichen Behörden gestellt werden, oder endlich die Eingliederung ausreichender bürgerlicher Elemente in die letztlich zur Entscheidung berufenen militärischen Stellen.

Ich bin selbstverständlich nicht in der Lage, heute anzugeben, welcher der hier angebotenen einschlägigen Wege am sichersten zum Ziele führt. Seien Sie aber versichert, daß bis zu Ihrem nächsten Zusammentritt im November eine

allen berechtigten Klagen entsprechende Änderung

in die Wege geleitet sein wird, und daß uns und dem Volke Erörterungen, wie sie bisher unsere Zeit und Kraft so vielfach in Anspruch genommen haben, künftig erspart bleiben werden. Sie leben, daß ich durchaus nicht willens bin, mich berechtigten Beschwerden zu verschließen. Im Gegenteil, ich werde mich aller Entschiedenheit dahin wirken, daß diese berechtigten Beschwerden aus dem Wege geräumt werden. Nun aber, meine Herren, bitte ich auch Sie nunmehr,

alles Trennende zurückzustellen

und das Einigende voranzustellen. Wie ich schon vorgestern gesagt habe: Wir haben doch alle nur das eine Ziel und das eine Interesse: den Schutz des Vaterlandes, seine Unabhängigkeit und seine Entwicklungsfähigkeit. Dieses Ziel können wir nur dann erreichen, wenn wir auch im Innern fest und einheitlich zusammenstehen; dann aber werden wir es erreichen. (Beifall.)

Fortsetzung der Aussprache.

Abg. Graf Westarp (Kons.): Bestimmung und Kleinmut gehen über das berechtigte Maß weit hinaus. In landwirtschaftlichen Kreisen beruht die Verstimung auf der Zwangsverpflichtung, die nach dem Diktat der Gewerkschaften geführt wird. Für die Durchführungen fehlt jeder Rechtschutz, und man soll die Erregung der landwirtschaftlichen Kreise nicht unterschätzen. Die heutige Tagung des Hauptausschusses ist nicht geeignet, eine Besserung in der politischen Lage herbeizuführen. Ich habe erst durch die Presse von der Absicht erfahren, den Hauptausschuss einzuberufen, sonst hätte ich Widerspruch erhoben. Die Presse war es, die den Eindruck einer Regierungskrise erweckt hat. Das mußte nach außen schädlich wirken. Es handelt sich jetzt um das Bestreben einer Fortsetzung der Demokratisierung und der Parlamentarisierung. Unsere Aufgabe besteht aus naheliegenden Gründen, weil unsere Kompromisse dadurch geschwächt wird. Ist die heutige Stunde dazu aber geeignet? Nach unserer Meinung wirkt

das Drängen nach Demokratisierung kriegsverlängernd.

Wie kommt die Sozialdemokratie dazu, für ihren Eintritt in die Regierung Bedingungen zu stellen? Wer hat sie denn dazu aufgefordert? Darüber müssen wir Auskunft erhalten. In anderen Ländern verfährt die Sozialdemokratie anders. Dort stellt sie ihre Parteiforderungen zurück. Bei uns aber blüht der Welken unserer Sozialdemokratie, wenn es dem Vaterlande schlecht geht.

Der Kern der ganzen Bestrebungen ist, daß die Regierungsgewalt an einen parlamentarischen Vollzugsausschuß übergeben soll. Dem soll zunächst die Aufhebung des Art. 1 der Reichsverfassung dienen. Würde der Artikel aufgehoben werden, so würden die Verbündeten Regierungen die Regierungsgewalt zugunsten einer Parlamentsherrschaft verlieren. In gleicher Richtung liegt der Kampf gegen die sog. Nebenregierung, d. h. die Oberste Heeresleitung. Verfassungsgemäß hat der Reichskanzler die Regierung zu führen. Der Erlaß des Kriegsministers richtet sich nicht gegen die Friedensentscheidung des Reichstages, sondern gegen die propagandistische Propaganda, und deshalb ist die Empfindlichkeit unverkündet. Wir lehnen grundsätzlich die Parlamentarisierung ab. Redner bekräftigt die verschiedenen Friedensangebote und Reden der letzten Zeit. Wir halten hinsichtlich

Befriedung und einer Kriegsschlichtung
an unserer bisherigen Stellungnahme fest. Nach unserer Meinung handelt es sich da um Staatsnotwendigkeiten. Belgien darf nicht ein Opfer unserer Feinde werden. Es ist sehr bedenklich, jetzt die Entschädigungsfrage für Belgien aufzuwerfen. Die Ausführungen des Reichskanzlers über den Frieden waren in formaler und materieller Beziehung durchschlagend. Ein Schritt auf der schiefen Ebene ist auch die Forderung einer Autonomie für Elsaß-Lothringen. Auch das wäre ein Eingeständnis gegen die Wünsche des Vaterlandes. Graf v. Bismarck hält nichts von der Idee eines Völkerbundes. Wir müssen selbstständig und entschlossen zusammenstehen.

auf die Einigkeit kommt jetzt alles an.
Nicht geht es nicht um einzelne Kriegsziele, sondern um den Erhalt von Seemacht und Meer. Darin aber sind wir alle einig. Einzutreten muß die volle Zurechnung, die sowohl in den Tatsachen wie in den Mitteln, die wir erhalten haben, begründet ist. Wir können den Verteidigungskrieg erfolgreich weiterführen. Das Vertrauen zum Meer und zu seinen Führern ist unerschütterlich.

Abg. Freiherr v. Camp (D. Fr.): Auch wir bedauern die Einberufung des Ausschusses, die wir nicht für nützlich halten. Der Vorredner irrt: nicht die Gewerkschaften sind schuld an den die Landwirtschaft bedrückenden Verfügungen, sondern die Bürokratie. Ein Weltkrieg ist nicht die Zeit, um die Rechte des Parlaments zu erweitern. Es liegt im deutschen Interesse, daß die Reichsstaaten nicht in schwache Hände geraten. Die Autonomie Elsaß-Lothringens würde die Schwierigkeiten noch vermehren. Bei Schaffung eines Völkerbundes würde es schwer sein, unparteiliche Sachverständige für Streitfälle zu finden. Die enge Verbindung der politischen und militärischen Leitung ist eine dringende Notwendigkeit. Einseitlich der Wahlrechtsfrage haben die Gegenstände eine Milderung erfahren. Die deutsche Kraft wird uns auch über die gegenwärtige Lage hinweghelfen.

Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete des Ostens v. Falkenhayn nahm nun das Wort und verteidigte die in den besetzten Gebieten betriebene Politik. Er bestritt, daß es staatlichen Staatsangehörigen verboten worden sei, mit Reichstagsabgeordneten in Verbindung zu stehen.

Abg. Lebesque (L. Soz.) forderte den sofortigen Zusammentritt des Reichstages. Nun vertrat sich der Hauptauschuß auf den späten Nachmittag, wo eine vertrauliche Sitzung stattfand. Die Einladungen hierzu sind vom Staatssekretär des kaiserlichen Amtes ausgegangen. Ferner hat auch das Reichsmarineamt zwei Mitglieder des Hauptauschusses zu einer Besprechung gebeten.

Der Erlaß des preussischen Kriegeministers.

In dem von verschiedenen Rednern im Hauptauschuß des Reichstages so heftig bekämpften Erlaß des preussischen Kriegeministers an die Minister des Innern der Einzelstaaten den der Abg. Groeber vorlas, heißt es u. a.:

Die Zentralkasse für Vorkriegs- und die deutsche Friedensgesellschaft entwickeln wieder eine große Propagandatätigkeit. Von beiden Stellen sind Aufforderungen an die Auszubildenden, Ortsgruppen und Vertrauenspersonen ergangen, in möglichst vielen Versammlungen für einen Verständigungsfrieden im Sinne der Reichstagsentscheidung vom 19. Juli 1917 einzutreten. Die Tagesordnung soll einheitlich lauten: Welchen Frieden braucht unser Volk? Ebenso ist für die in den Versammlungen einzubringende Entscheidung ein gleichlautender Text herausgegeben worden. Zur Gewinnung von Rednern bietet die Deutsche Friedensgesellschaft unter Herausgabe einer Rednerliste mit Themenangaben die Vermittlung ihres Sekretariats an. Die vorgeschriebene Propaganda ist ein neuerlicher Ausbruch der unerwünschten Propaganda für den internationalen Pazifismus. Unter Hinweis auf meinen Erlaß vom 7. November 1916 erlaube ich, die Abhaltung der in Aussicht stehenden Versammlungen und Reden zu verhindern.

Wie bekanntgeworden ist, hat der bayerische Minister des Innern diesem Erlaß nicht stattgegeben.

Ein Waffenstillstandsangebot Malinows.

Berlin, 26. Sept. Es liegen Nachrichten vor, wonach der bulgarische Ministerpräsident Malinow den Führern der gegen Bulgarien operierenden Entente-Truppen das Angebot eines Waffenstillstandes gemacht hat. Wie gemeldet wird, ist Malinow auf eigene Hand vorgegangen, ohne Zustimmung des Königs, des Parlaments und der Heeresleitung.

In bundesstreuen Kreisen Bulgariens hat der Schritt große Erregung hervorgerufen. Militärische Maßnahmen zur kraftvollen Unterstützung der bulgarischen Front sind im Gange.

Eine Gegenbewegung gegen den Ministerpräsidenten Malinow macht sich nach den letzten Nachrichten geltend.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

In den letzten Tagen weilt der Kaiser in Kiel. In einer Ansprache an sämtliche Truppenteile der Garnison erinnerte der Monarch an Coronel und Stageraal, sowie an die tapferen Vorstöße unserer Torpedoboote gegen die feindlichen Küsten, die bewiesen hätten, welcher Geist in der Flotte herrsche. Die Ruhmestaten der Flotte seien denen unserer Armeen gleichwertig. Der Kaiser überbrachte sodann die Grüße der an der Westfront kämpfenden Kameraden und forderte zum Schluß auf, dafür zu sorgen, den U-Boot-Krieg in voller Wirksamkeit zu erhalten, damit den Truppen an Land auch weiterhin geholfen werde, den schweren Kampf mit Erfolg durchzuführen. Im Anschluß an den Kieler Besuch besichtigte der Kaiser die U-Boot-Schule in Eckernförde.

In einer Entschlieung des allgemeinen deutschen Genossenschaftsverbandes heißt es: „Der Verband ruft die ihm angeschlossenen Genossenschaften auf, ihre in acht Kriegsanleihen bewährte finanzielle Macht auch für die 9. Kriegsanleihe in den Dienst des Vaterlandes zu stellen. Dem durch vorübergehende Erfolge übermütig gewordenen Feinde muß wiederum gezeigt werden, daß das deutsche Volk in ungeschwächter wirtschaftlicher Kraft den unbewindbaren Willen hat, dem Vaterlande zu geben, was es braucht, um den ihm aufgezwungenen Kampf zum siegreichen Ende zu führen. Die deutschen Heere beschützen im kühnsten Kampf Haus und Herd, Weib und Kind und haben Anspruch darauf, in der Heimat einen gleich starken wirtschaftlichen Schutz hinter sich zu wissen. Die Schulgenossenschaften werden wiederum ihre Schuldigkeit tun.“

Aber die Lösung der südslawischen Frage wird dem „Wiener Tagblatt“ von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß von einer Einverleibung Bosniens und der Herzegovina in Österreich-Ungarn keine Rede sein könne. Beide Gebiete sollen vielmehr ähnlich wie Kroaten und Slawonien der ungarischen Krone angegliedert werden, aber ebenfalls vollständige Selbstverwaltung erhalten.

In einer Berliner Massenversammlung des Hansabundes, die sich für den Ausbau der Kriegswirtschaft erklärte, wurde nach verschiedenen Ansprachen einstimmig eine Entschlieung angenommen, in der die Versammlung Einspruch erhob gegen die Richtung und Föhrung der Regierungsmassnahmen zur Regelung der Übergangswirtschaft, insbesondere gegen das Übermaß der Organisationsarbeit, gegen die Erteilung einer Ermächtigung an den Vöndesrat zur Regelung der Übergangswirtschaft und gegen jedwede Bildung neuer Gesellschaften für wirtschaftliche Massnahmen.

Rußland.

Wie Moskauer Blätter melden, ist Lenin vollkommen wiederhergestellt. Er sprach im Zentral-Exekutivkomitee, dem er für die bezeugte Treue und Anhänglichkeit dankte. Er berührte dann u. a. das Verhältnis der Bolschewiki zu deren Verteidigung des Landes und hob hervor, daß jetzt, nachdem keine Grobmachtprivilegien mehr damit geschützt werden sollen, sondern die Erröbnis der sozialistischen Republik, auch die Bolschewiki Freunde der Einigung und Ruhe geworden seien.

Die Beziehungen zwischen Rußland und den Verbündeten gestalten sich immer schwieriger. Die Sowjetregierung hat beschlossen, alle englischen und französischen Konsulatsbeamten zu internieren. Da sich einige von ihnen, die auch an der Verhinderung beteiligt waren, in dem unter norwegischer Flagge stehenden amerikanischen Konsulatsgebäude verborgen haben, hat die Sowjetregierung, um die norwegische Flagge nicht zu verlegen, das Gebäude mit einer Kesselfeste umgeben, bis sich die Verborgenen freiwillig melden. Sie sollen interniert werden.

Polen.

Die Verhandlungen über die polnische Frage, die bei der letzten Anwesenheit des Staatssekretärs v. Söze in Wien vereinbart wurden, haben zwischen Vertretern Deutschlands und Österreich-Ungarns am Dienstag wieder begonnen. Es ist beabsichtigt, im weiteren Verlaufe der Verhandlungen auch Vertreter Polens hinzuzuziehen. Wie lange die Verhandlungen dauern werden, läßt sich natürlich nicht abschätzen. Auch steht noch nicht fest, ob im Laufe dieser Verhandlungen endgültige Abmachungen getroffen werden.

Holland.

Zu dem Verbot der Ausfuhr von Lebensmitteln, das die Regierung erlassen hat, schreibt das „Vaterland“: Dieser Verbot muß sowohl eingeschränkt wie ergänzt werden, eingeschränkt insofern, als die Ausfuhr, zu der unser Land vertraglich verpflichtet ist, weitergeht, ergänzt als alle übrige Ausfuhr, nicht nur die, die mit der Volksernährung in Zusammenhang steht, vorläufig verboten ist. Die Nachricht, daß die Einfuhr von Rohseiden aus Deutschland seit Mittwoch verboten ist, ist nur teilweise richtig.

Frankreich.

Die heimgekehrten Teilnehmer an der Londoner Sozialistenkonferenz sind sehr entrüstet, daß Clemenceaus Benur alle ihre Verträge unterdrückt hat. „Populaire“ schreibt: Der Eindruck, den man nach Schluß der Beratungen hat, ist der, daß künftig jede ähnliche Konferenz unmöglich geworden ist. Eine Konferenz mit sozialistischen Elementen und besonders mit den antiozialistischen amerikanischen Arbeiterdelegierten, die durch ihre Zahl die echten Sozialisten unterdrücken und Auswache und Entscheidungen fällen, kann in Zukunft nicht mehr stattfinden. Unsere englischen Kameraden erklären, es sei nötig, die sozialistischen Vorkämpfer vor derart aufeinandergekehrten Konferenzen zu warnen.

Aber die Verbandsantwort an Graf Burian sprach Außenminister Bichon in der Kammer. Er wies darauf hin, daß die Entente abnehmend geantwortet habe. Eine Änderung dieses Verhaltens scheint derzeit nicht bevorzustehen, obgleich die Vermittelung der Clemenceauschen Methode, namentlich in der Presse und in den großen Industriezentren, wie Lyon, zu unzweideutigem Ausdruck gelangt. Sehr bezeichnend ist auch, daß Clemenceaus Vertrauensmann Ribot für Gustave Heros als Mitglied des Sozialistenverbandes in Luzerne gestrichen wurde und somit dem bevorstehenden Pariser Kongresse fernbleiben muß.

Türkei.

In der Antwort der türkischen Regierung auf Graf Burians Friedensnote heißt es u. a.: „Die türkische Regierung spricht den Wunsch aus, daß dieser neuerlich von der österreichisch-ungarischen Regierung unternommene, von hohem Menschlichkeitsgefühl und aufrichtigem Verständigungsgeist eingeleitete Schritt zur Vorbereitung des Friedens für einen gerechten und dauerhaften, die ganze Welt umfassenden Frieden bei unseren Gegnern die besten friedlichen Dispositionen finde. Der Unterzeichnete hat die Ehre, im Namen der kaiserlichen Regierung zu erklären, daß die Hohe Pforte bereit ist, an dem vorgeschlagenen Gedankenaustrausch teilzunehmen.“

Aus In- und Ausland.

Berlin, 26. Sept. Der Vertreter der polnischen Regierung, Graf Bonikier ist aus Warschau hier wieder eingetroffen.

Frankfurt a. M., 26. Sept. Nach der Frankf. Stg. steht in politischen Kreisen die Anschauung, daß die Mehrheit für eine Regierungsreform im Wachsen begriffen ist.

London, 26. Sept. Der amerikanische Arbeiterführer Bomper hat mit der amerikanischen Arbeitermission eine einstündige Audienz beim englischen Königspaar.

Der Krieg.

Bestige deutsche Gegenangriffe.

Genf, 26. Sept. Die schweren britischen Verluste im Sargelände nach dem Kanal von St. Quentin erklären Pariser Sonderberichte durch die Heftigkeit der von Belgische unternommenen nächsten deutschen Gegenangriffe. Davorgehoben wird auch die Köhlfest der deutschen Verteidigung des sogenannten Biers bei Oeben.

Die Siegfriedstellung.

Zürich, 26. Sept. Der „Bäcker Anzeiger“ schreibt: Es zeigt sich seit mehreren Tagen deutlich, daß trotz der heftigen Anstürme der Engländer und Franzosen gegen die deutsche Westfront diese eher stabiler geworden ist. Die Siegfriedstellung hat seit zwei Wochen ihren vollen Wert bewiesen.

Verbesserungen an deutschen Flugzeugen.

Genf, 26. Sept. Aus Verbins Hauptquartier liegen Meldungen amerikanischer Flieger vor, wonach bei den längsten Kämpfen höchst beachtenswerte technische Neuerungen an deutschen Flugzeugen wahrgenommen wurden, unter anderem eine, die den Fliegern verblühend rasche Rettung aus angeschossenen Apparaten (mittels besonderer Fallschirme) ermöglichte.

Starke deutsche Artillerietätigkeit.

Amsterdam, 26. Sept. Auf der ganzen Front, melden die „Times“, sei seit einigen Tagen eine starke deutsche Artillerietätigkeit zu verzeichnen.

Erklärungen des Marichalls Koch.

Genf, 26. Sept. „Corriere della Sera“ zufolge erklärte Marichall Koch, er betrachte es als seine Aufgabe, Frankreichs Boden vom Feinde zu befreien. Die Hoffnungen auf ein baldiges Ende des Krieges oder auf eine Entscheidung noch in diesem Jahre seien nicht gerechtfertigt.

Die Lügen in der englischen Berichterstattung.

Berlin, 26. Sept. Der englische Heeresbericht vom 25. September spricht von den Kämpfen bei Gricourt am 24. September, in denen zwei deutsche Gegenangriffe von den Engländern abgewiesen worden seien. Von einem dritten deutschen Angriff sagt er wörtlich: „Am Abend griff der Feind wiederum bei Gricourt an und machte zuerst einige Fortschritte. Sofortige Gegenangriffe durch unsere Truppen stellten die Lage wiederum vollständig her.“ Wir verweisen ausdrücklich auf unsern amtlichen Heeresbericht vom 25. September, nach dem Gricourt wieder in unserm Besitz ist. Dieser Fall zeigt deutlich die Unzuverlässigkeit der englischen amtlichen Berichterstattung, die durch verschleierte Fassung das englische Volk und die ganze Welt über die bei Gricourt erlittene Schlappe hinwegtäuschen will.

Der deutsch-französische Gefangenenaustausch.

Die französische Regierung hatte, wie erinnerlich, den in Bern vereinbarten großen Austausch Kriegsgefangener und Zivilinternierter willkürlich eingestellt, nachdem erst wenige Austauschzüge in Deutschland eingetroffen waren. Im Interesse der schwergeprüften deutschen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten und ihrer Angehörigen wurden von der deutschen Regierung sofort alle Schritte unternommen, um die baldige Wiederaufnahme des Austausches durchzusetzen. Dies Ziel ist erfreulicherweise bereits zum Teil erreicht worden. Ein Austausch mit Kriegsgefangenen aus Frankreich wird am 28. d. Mts. an der deutschen Grenze eintreffen. Vom 8. Oktober ab sollen wieder von deutscher und französischer Seite wöchentlich je zwei Züge mit Kriegsgefangenen abgefahren werden. Es ist zu hoffen, daß in Zukunft erneute Störungen des legendären Liebeswerkes nicht vorkommen, und daß auch der Austausch der Zivilinternierten baldigst wieder aufgenommen wird.

England und die deutschen Kolonien.

Neuer meldet: Die Erhebungen, die an maßgebenden Stellen vorgenommen wurden, zeigen, daß diejenigen, die am ehesten in der Lage sind, sich eine Meinung zu bilden, nicht im geringsten daran zweifeln, daß Deutschland, wenn es seine Kolonien zurückbekäme, sie als Unterseebootstationen verwenden würde, die eine Bedrohung für den Handel aller Nationen darstellen würden. Die Eroberung einiger Kolonien, z. B. Ostafrika und Südwestafrika, war eine außerordentlich schwierige Aufgabe. Wenn Deutschland sie zurückbekäme, könnte es sie zu Lande und zur See so besetzen, daß sie nahezu uneinnehmbar wären. Man muß in diesem Zusammenhang an die außerordentliche Vergrößerung der U-Boote denken. Unterseeboote vom veränderten Deutschlandstyp haben einen Aktionsradius von ungefähr 30 000 Kilometern und der neueste Kreuzer sogar von 50 000 Kilometern. Ein Aktionsradius von 15 000 Kilometern aber würde genügen, um ernstlich auf alle Handelswege der Welt störend einzuwirken. Die U-Boot-Furcht soll auch hier die englische See und vor allem Englands Raubgier unterstützen.

Der Krieg zur See.

Allen amerikanischen Verühigungsmedlungen zum Trotz macht sich die gesteigerte Tätigkeit deutscher U-Boote an der amerikanischen Küste doch recht deutlich bemerkbar. Die Versicherungsprämien sind gewaltig in die Höhe gegangen; welchen Einfluß dies auf die Kosten der Versorgung der europäischen Ententeänder hat, ist ohne weiteres klar. Wie groß die Steigerung der Versicherungsprämien ist, geht aus einer Meldung des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ vom 12. 9. hervor, nach der infolge der U-Boot-Gefahr an der amerikanischen Küste und der dadurch bedingten Steigerung der Versicherungsprämien der Kontinente west-indischen Maildienst seine Frachtraten um 100 % erhöht hat. Diese Schiffsahrtlinie unterhielt im Frieden einen regelmäßigen Dienst von Amsterdam über Surinam und die Antillen nach New York; zurzeit ist nur die Strecke Paramaribo-New York in Betrieb.

Der deutsche U-Bootkrieg.

Berlin, 27. Sept. (Antik.) Im Atlantischen Ozean versenkten unsere U-Boote 28 000 Br.-Reg.-Ton., darunter 3 Tankdampfer von zusammen etwa 18 000 Br.-Reg.-Ton., von denen einer als Amerikaner festgestellt wurde.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Berlin, 26. Sept. Schon in Friedenszeiten spielte die Delfenerung neben oder anstelle der Kohlenfeuerung eine erhebliche Rolle. Die Bedeutung der Delfenerung für unsere Feinde ist während des Krieges in dem Verhältnis gewachsen, in dem die Schwierigkeiten infolge des Mangels an Bergarbeitern

Die Schwierigkeiten im Abtransport der Kohle des Schiffsbrennstoffes zunehmen. Im Zusammenhang hiermit ist der Bau von Landdampfern vorübergehend gestoppt, die der Verschiffung des Brennstoffes dienen. Da das Öl unbrauchbar in die Dampfer hineingepumpt wird und wie früher in einzelnen Häusern befördert zu werden braucht, bedeutet der Transport mit Landdampfern eine erhebliche Raum- und Kohlenersparnis. Nachteil der Landdampfer besteht jedoch darin, sie an die Genauigkeit der Konstruktion und Arbeitsausführung große Anforderungen stellt, die bedeutend wertvoller als gewöhnliche Frachtdampfer sind. Die Verschiffung eines jeden Landdampfers stellt daher für unsere Feinde einen schweren Schlag dar, der in der Schiffsfahrtsprelle regelmäßig Klagen über den Untergang von Schiffen zum Ausdruck kommt, da der Verlust jeden einzelnen Landdampfers zugleich eine Lücke im Transport der Kohle darstellt, die bei unseren Feinden zur Folge hat.

U-Boote an Amerikas Küste.

Bisher 61 Schiffe versenkt.

Amsterdam, 25. Sept.

In einer Zusammenstellung der Versenkungen an der amerikanischen Küste stellt die New Yorker "Nation" fest, bisher nur das amerikanische Kriegsschiff "San Diego" und ein deutsches Unterseeboot zum Opfer fiel. Das größte amerikanische Kriegsschiff, das an der amerikanischen Küste versenkt wurde, war das 8200 Tonnen. Insgesamt sind 61 Schiffe und Unterseeboote zum Opfer gefallen, von denen eine Tonnage von 2000 Tonnen überschritten.

Furcht vor der Schwarzen Meer-Flotte.

Das Schicksal der russischen Flotte im Schwarzen Meer hängt an der Franzosen zu demütigen. "Novelliste" berichtet, dass eine neue Lage der Marine im Mittelmeer geschaffen sei. Man könne annehmen, dass die russische Flotte aus zwei Kriegsschiffen, fünf oder sechs Dampfschiffen, zwei Kreuzern und zahlreichen U-Booten und Unterseebooten bestehe. Diese Flotte würde im Zweifel demnächst im Mittelmeer erscheinen und sich dem Rest der türkischen Flotte vereinigen. Die Furcht vor der russischen Flotte ist nicht unbegründet, da sie für ihn eine neue Stütze im Mittelmeer und im Ägäischen Meer bilde, wo alle Transporte im Verband nach Saloniki passieren müssten. Das russische Blatt hofft deswegen nichtsdestoweniger, dass die türkische Flotte genügend Schiffe im Mittelmeer verbleibe, um der feindlichen Flotte Widerstand zu leisten.

Keine Kriegspost.

Berlin, 25. Sept. Generaloberst v. Seeringen wurde von der Befehlshaber der 1. Armee des Kaiserregiments Nr. 80 zum Kommandanten des Königsregiments Graf Gneisenau (Sommerfeld) Nr. 9 ernannt.

Amsterdam, 25. Sept. In Bremen ist ein englisches U-Boot-Gesetz verabschiedet. Die beiden U-Boote wurden interniert.

Bom Tage.

Verhaftung von Mannschaften-Familien.

Berlin, 25. Sept. In der heutigen Sitzung des Bundesrats wurde der Entwurf einer Verordnung über die Unterbringung von Familien in den Dienst eingetragener Mannschaften angenommen.

Audauernde Reisengerichte.

Berlin, 25. Sept. Die "Nationalzeitung" meldet, dass die Reiseverkehrsämter in der Ukraine eine Einberufung der Reisenden werden vorläufig im Sinne bleiben, aber im Laufe des Monats Oktober zurückkehren. Dann würden die Reisenden in ein neues Kabinett einsteigen.

Reisender bei den Berliner polnischen Verhandlungen.

Wien, 25. Sept. In den in Berlin begonnenen Verhandlungen über die polnische Frage hat die österreichisch-ungarische Regierung den Grafen v. Baron und den österreichischen Botschafter als Vertreter entsandt.

Keine Einberufungen in der Ukraine.

Wien, 25. Sept. Aus offiziellen deutschen Kreisen wird berichtet, dass in der Ukraine eine Einberufung der Reisenden und die Einberufungen an die deutsche Westfront gehen. Es ist, dass Deutschland nirgendwo im besetzten Gebiet nur einen Soldaten einberufen habe. Ein herabgesetzter Soldat in der ukrainischen Ukraine, wo Deutschland nur um Ruhe und Ordnung herausstellen, sei ausgeschlossen.

Französische Großsprecheren.

Paris, 25. Sept. Laut Yvonnet Blättchen hielt in der Kammer der Abgeordneten der diplomatische Vertreter der Sowjetregierung in London, mit 84 anderen Russen von England nach London abgereist. Blättchen Familie bleibt in London. Seinerzeit wurde England, Blättchen konnte abreisen, wenn der englische Botschafter in Russland auf sicherem Wege nach England sei.

Aufhebung des Massenterror in Russland?

Moskau, 25. Sept. Die Zeitung "Wir" meldet die Aufhebung des Dekrets über den Massenterror. Im Zentralkomitee sei die Frage des Terrors erörtert worden, wobei Lenin den dringenden Wunsch ausdrückte, wieder zu den ersten Methoden der Revolution zurückzukehren. Die Arbeit habe sich ihm angeschlossen.

Witwens Überreise nach England.

Amsterdam, 25. Sept. Die Reuters aus London meldet, dass die Witwe des diplomatischen Vertreters der Sowjetregierung in London, mit 84 anderen Russen von England nach London abgereist. Blättchen Familie bleibt in London. Seinerzeit wurde England, Blättchen konnte abreisen, wenn der englische Botschafter in Russland auf sicherem Wege nach England sei.

Judenberufungen in Sibirien.

Moskau, 25. Sept. Aus Sibirien wird gemeldet, dass in vielen Orten gegen die jüdischen Sibirier Maßnahmen getroffen werden. Diese Pogrome werden im allgemeinen als Protest gegen die Sowjetregierung betrachtet, da eine Anzahl von Volkskommissaren jüdischer Herkunft ist.

Die Kämpfe an der Platte.

Wafel, 25. Sept. Schweizer Blätter zufolge unternehmen die Italiener neuerdings Versuche, den Übergang über die Platte zu erzwingen.

Sanft leugnet Absichten gegen Japan.

Amsterdam, 25. Sept. Aus Washington meldet Reuters, Staatssekretär Lansing dementiert die Behauptung, dass ein Geheimvertrag der Vereinigten Staaten mit England, der sich gegen Japan richte.

Politische Folgen der Heirat des rumänischen Kronprinzen.

Bukarest, 25. Sept. In der Angelegenheit der Heirat des rumänischen Kronprinzen Carol richtete Professor Berota, Vertreter der

Autoreller Landesuniversität im Senate, an die Regierung eine Anfrage, in der er das Verhalten des Kronprinzen als ein Ergebnis der verfehlten und mit den Interessen der Nation im Widerspruch stehenden Politik des königlichen Hofes, der sich mit unaufrichtigen und schmeicheleichen Klängen umgeben habe, bezeichnet. Die Handlungsweise des Kronprinzen sei unzulässig sehr schwerwiegend, da er als aktiver Militär die Landesgrenze überschritten und sich in eine Stadt eines fremden Landes, die von den Mittelmächten verwaltet wird, begeben habe, mit denen Rumänien den Frieden noch nicht endgültig ratifiziert habe.

Volks- und Kriegswirtschaft.

* **Mietsteigerungen.** Der preussische Staatskommissar für das Wohnungswesen Dr. v. Goels gibt in einem Erlasse an den Ober- und die Regierungsräte, besonders wichtige Maßnahmen und Erläuterungen zu der neuen Mietsteigerungsordnung. Danach sollen die Entscheidungen der Mietsteigerungsämter unter Würdigung der Schwierigkeit der Lage der Mieter wie auch der Vermieter einen gerechten Ausgleich der beiderseitigen Interessen herbeiführen. Die Entscheidungen der Mietsteigerungsämter bleiben bis dahin unanfechtbar. Bei der Prüfung der Mietsteigerungen wird in erster Linie der objektive Wert der Wohnung zugrunde zu legen sein. Dabei wird meist von den Mietern in der Weise ausgegangen werden können, dass dem Vermieter für die Steigerung der Mietzinsen die erhöhten Aufwendungen für die Instandhaltung des Grundstücks usw. ein hinreichender Ausgleich zufließt. Demnach wird darauf Rücksicht zu nehmen sein, dass nicht Familien wegen mangelhafter Wohnverhältnisse aufgegeben werden. Andererseits kann es z. B. nicht als Aufgabe der Mietsteigerungsämter angesehen werden, die Verdrängung hoher Wohnungsmieten zu erleichtern, die von Mietern vermöglicher Wohnbevölkerung gestellt werden. Auf die Wirtschaftsgemeinschaft der in Frage kommenden Kreise soll das Mietsteigerungsamt bei dem „unvermeidlichen“ Stellen des Antrages größtmögliche Rücksicht nehmen. Auf schnelle Entscheidungen sollen die Ämter ganz besonderen Wert legen.

* **Weitere Fleischpreise.** Nach Mitteilungen aus Süddeutschland für die Monate November, Dezember und Januar 1919 zu erwarten. Ähnlich wird dazu bemerkt, dass die Fleischpreise in der Zukunft vorläufig vorläufiger Preis vom Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes gegenüber den Gewerkschaften vertretenen Aufstellungen.

* **Vertragete Fleischration für Selbstversorger.** Entsprechend der vom 1. August ab erfolgten Verringerung der monatlichen Fleischmenge für die versorgungsberechtigte Bevölkerung, hat der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes auch die Ration für die Selbstversorger festgelegt. So dass ein Selbstversorger in Zukunft 400 Gramm Schlachtleberfleisch, gleichviel welcher Art, oder Wurst, in der Woche für sich verbrauchen darf. Diese Neuregelung tritt mit dem 25. September in Kraft.

* **Gegen die hohen Eisenbahn-Fahrtpreise.** Der Bund Deutscher Verkehrsvereine hat auf seiner Weimarer Hauptversammlung einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es heißt, dass die heutigen hohen Schenkelstahlpreise nur als eine Kriegsmassnahme betrachtet werden, deren baldige Beseitigung dringend geboten sei, weil sie eine schwere Belastung des Mittelstandes und eine große Schädigung der deutschen Volkswirtschaft bedeuten. Ferner wendet sich die Entschließung gegen die vorgeschlagene Rationierung des Verkehrs und drückt den Wunsch nach besserer Seilung und Beleuchtung der Lage aus.

Aus Nah und Fern.

Herborn, den 27. September 1918.

* **Das Verdienstkreuz für Kriegshilfe.** erhielten: Frau Bürgermeister Birkenhagen, Herborn, Bürgermeister Seibert-Ebach, Bürgermeister Peter-Brohnhausen, Bürgermeister Sahm-Heisterberg, Bürgermeister Stahl-Rüchhausen, Bürgermeister Müller-Sechshelden, Bürgermeister v. d. Heyde-Idersdorf und Polizeiergeant Joh. Schmidt-Herborn.

* **Wir machen die Leser unserer Zeitung darauf aufmerksam, dass das neue Biersteuergesetz, das eine Erhöhung der Biersteuer vorsieht, zum 1. Okt. in Kraft tritt. Bier, das sich am 1. Oktober im Besitz oder Gewahrsam von Wirten oder Bierhändlern befindet, unterliegt der Nachsteuer. Die Nachsteuer beträgt für das Einfachbier 4,30 M., für das Vollbier 8,60 M., für das Starkbier 12,90 M. für 1 Hektoliter. Die Nachsteuer ist nicht zu entrichten, wenn die Bierbevorratung nicht mehr als 2 Hektoliter betragen. Wirte und Bierhändler haben am 1. Okt. 1918 die in ihrem Besitz befindlichen nachsteuerpflichtigen Vorräte an Bier bis zum 10. Oktober 1918 der zuständigen Gebietsstelle nach Ziel und Rauminhalt der Gefäße, in denen sich das Bier befindet, unter Angabe der Biergattung (Einfachbier, Vollbier, Starkbier) schriftlich in zweifacher Ausfertigung anzumelden. Als Wirte gelten auch Konsumvereine, Lagen und ähnliche Vereinigungen.**

* **(Erhöhung der Kartoffelration?)** Eine Deputation der sozialdemokratischen Partei und des Gewerkschaftsausschusses Sachsens hatte im Kriegsernährungsamt eine Konferenz mit dem Unterstaatssekretär Dr. Müller und Major Klein über die schlechte Nahrungsmittelversorgung Sachsens. Es wurde zugesagt, die Beschwerden eingehender zu prüfen, namentlich wurde die Verteilung von neun Pfund Kartoffeln wöchentlich auf den Kopf im Reich in sichere Aussicht gestellt. Eine unbedingte Zusage wollte das Kriegsernährungsamt jedoch vor einem besseren Ueberblick über die Ernte nicht geben.

* **Dillenburg, 25. Sept. (Städtisches.)** In der gestrigen Stadtoberordnetenversammlung wurde mitgeteilt, dass Bürgermeister Schilling, welcher der Stadtoberordneten-Versammlung seit 25 Jahren angehört, wegen vorgerückten Alters sein Stadtv.-Amt niedergelegt habe. Stadtoberordneter Dr. Dönges berichtete über die Tagung des Nassauischen Stadttages zu Frankfurt a. M. für die neunte Kriegsanleihe wurden weitere 100 000 M., insgesamt bisher 540 000 M. aus städtischen Mitteln genehmigt. Für Einquartierungskosten wurde der im Haushaltsplan vorgesehene Betrag von 150 M. auf 4000 M. erhöht. In die städtische Verkehrskommission wurde Geschäftsführer B. Abel gewählt, in eine neugebildete Grunderwerbskommission Oberlandmesser Hellwig, Kreisbaumeister Röber und Ziegeleibesitzer Ströher. Einer weiteren Kommission wurden die Vorarbeiten für eine zu bildende städtische Sparkasse übertragen. Die Stadt-

vertretung erwirbt das Wohngebäude des Lehrers am Gymnasium A. Höfer an der Cranienstraße für 52 500 Mark.

Gießen. Der Ehrenbürger der Stadt Gießen, Geh. Obermedizinalrat Prof. Dr. Gaffky, ist in Hannover gestorben.

Selters. In der Nähe unseres Ortes überfuhr der von Limburg nach Altkirchen fahrende Nachmittagszug einen etwa zehnjährigen Knaben und tötete ihn auf der Stelle.

Kerkerbach. Die Kerkerbachbahn schließt für 1917/18 mit einem neuen Verlust von 17 000 Mark ab, um den sich die Unterbilanz auf insgesamt 397 181 Mark erhöht. Die eingeleitete Sanierung und der befriedigende Verkehr der letzten Monate lassen eine Gesundung der Gesellschaft und später eine bescheidene Verzinsung des Kapitals erhoffen.

Höchst a. M. Im Hotel „Kasino“ wurde der Soldat Josef Kropf aus Niedrig dabei überrascht, als er aus verschiedenen Gastzimmern die Wäsche und Betten stehlen wollte. Der „bornehme“ Logiergast wurde verhaftet.

Frankfurt a. M. Einer Verordnung des Magistrats zufolge darf mit der allgemeinen Zimmerheizung in den Häusern der Stadt erst am 17. Oktober begonnen werden. Wenn sich nur das Wetter nach dem üblichen Magistrat von Frankfurt richten würde!

Oberlahnstein, 26. Sept. Wurde wider Wurst dachte die hiesige Polizei, als sie gestern eine auf der Turchfahrt nach Niederlahnstein begriffene Fuhre Kartoffeln beschlagnahmte, nachdem tagzuvor die Braubacher in ihrem Besitz eine für Oberlahnstein bestimmt gewesene Fuhre Kartoffeln gelapert hatten. Moderner und gefällig verüßter „Straßenraub“!

Mainz. Beim Baden im Rhein ertrank ein Offizier. Seine Leiche wurde bei Caub geborgen.

Hagen i. W. Auf dem Bahnhof in Düsseldorf wurde vor einiger Zeit von einer Hager Dame eine Tasche mit 30 000 Mark Bargeld und wertvollen Altsen gefunden. Die Finderin suchte sofort nach dem Berliker und konnte diesen auch im Zuge der Tasche noch zustellen. Inzwischen setzte sich der Zug wieder in Bewegung. Beim Abspringen stürzte die Dame und verletzte sich erheblich. Jetzt hat der Berliker der Dame, wie die „Hag. Ztg.“ berichtet, eine lebenslängliche Rente von 8500 Mark ausgesetzt.

Letzte Nachrichten.

Erneuter französisch-amerikanischer Durchbruchversuch vereitelt.

Großes Hauptquartier, (Wolff-Büro. Amtlich.)
27. September 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

In der Campagne, zwischen den Höhen westlich der Suippes und der Aisne sowie nordwestlich von Verdun, zwischen den Argonnen und der Maas haben Franzosen und Amerikaner gestern mit starken Angriffen begonnen.

Der Artillerie-Kampf dehnte sich über die Höhen westlich der Suippes nach Westen bis Reims über die Maas, nach Osten bis zur Mosel aus. Dort folgten nur Teilangriffe. Sie wurden nach heftigen Kämpfen abgewiesen. Bei ihrer Abwehr östlich der Maas zeichneten sich auch österreichisch-ungarische Truppen aus.

An den Hauptangriffsfronten leitete gewaltiges Artillerie-Feuer die Infanterie-Schlacht ein. Westlich der Aisne brach der Franzose, östlich von den Argonnen der Amerikaner unter Einsatz zahlreicher Panzerwagen gegen unsere Stellungen vor. Befehlsgemäß wichen unsere Vorposten kämpfend auf die ihnen angewiesenen Verteidigungslinien aus. Bei Tahure und Ripont gelang es dem Gegner in seinen bis zum Abend fortgesetzten Angriffen über unsere vorderen Kampflinien hinaus bis auf die Höhen nordwestlich von Tahure und bis Fontaine-en-Dormois vorzudringen. Hier riegelten Reserven den örtlichen Einbruch des Feindes ab. Mit besonderer Stärke führte er seine Angriffe gegen unsere Stellungen zwischen Auberive und südöstlich Somme-Py. Sie brachen vor unseren Kampflinien unter schwersten Verlusten für den Feind zusammen. Auch nördlich von Cernay scheiterten bis zum Abend mehrfach wiederholte feindliche Angriffe.

In den Argonnen schlugen wir Teilangriffe des Gegners ab.

Zwischen den Argonnen und der Maas stieß der Feind über unsere vorderen Kampflinien hinaus bis Montblainville-Montfaucon und bis an den Maasbogen nordöstlich von Montfaucon vor. Hier brachten ihn unsere Reserven zum Stehen.

Der Feind konnte somit an einzelnen Stellen unsere Infanterie- und vorderen Artillerie-Positionen erreichen. Der mit weit gesteckten Zielen unternommene große französisch-amerikanische Durchbruchversuch ist am ersten Schlachttag an der Fähigkeit unserer Truppen gescheitert. Neue Kämpfe stehen bevor.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.



esinnungen sind wohlfeil —
Worte erschüttern nur die Luft;
Erst die Tat zeigt den Wert!

Deine Tat sei die „Neunte“!

Vertrauliche außenpolitische Mitteilungen von Hingez
Berlin, 27. Sept. (M.) Im Anschluß an die Meldung von dem Friedensschritt Masinows schreibt die „Bosnische Zeitung“: Gestern nachmittag wurde während der Rede des Abgeordneten Ledebour die Sitzung des Hauptausschusses unterbrochen, weil der Staatssekretär von Hingez den Mitgliedern des Hauptausschusses über wichtige außenpolitische Nachrichten, die eingegangen waren, vertrauliche Mitteilungen zu machen hatte. Im Zusammenhang mit diesen Mitteilungen wurden die für gestern abend angeordneten Sitzungen der sozialdemokratischen und der Zentrumsfraktion verschoben.

Der Kaiser auf Wilhelmshöhe.

Kassel, 27. Sept. (M.) Gestern vormittag ist der Kaiser zu kurzem Aufenthalt auf Schloß Wilhelmshöhe eingetroffen. Wie das „Kasseler Tageblatt“ zu berichten weiß, holte die Kaiserin ihren Gemahl vom Bahnhof ab; die Kaiserin ist wieder wohllauf.

Verhaftung des Großfürsten Michael Romanow.

Kopenhagen, 27. Sept. (M.) Aus Helsingfors wird gemeldet: Großfürst Michael Romanow und seine Sekretäre sind im Gouvernement Perm verhaftet worden.

Die spanisch-deutsche Verständigung.

Bern, 27. Sept. (M.) Die „Times“ meldet, daß die Verständigung zwischen Spanien und Deutschland dem persönlichen Eingreifen der Königin Mutter, Maria Christine, einer Habsburgerin, zu verdanken sei.

Fall Caillaud vor dem Staatsgerichtshof.

Genf, 27. Sept. (M.) Die Agentur Radio meldet aus Paris, daß die Regierung die Caillaudangelegenheit jetzt endgültig dem Staatsgerichtshof überwiesen habe.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Bed.

Bekanntmachungen der städtischen Verwaltung

Betr. Beschlagnahme der bei öffentlichen und privaten Bauwerken zu Blitzschutzanlagen und zur Bedachung verwendeten Kupfermengen und Platinteile an Blitzschutzanlagen.

In Ergänzung des § 5 der Bekanntmachung vom 21. Juni 1917 — Kreisblatt Nr. 148 — wird angeordnet, daß sämtliche bei öffentlichen und privaten Bauwerken zu Blitzschutzanlagen und zur Bedachung verwendeten Kupfermengen und Platinteile an Blitzschutzanlagen in der Zeit vom 1. bis 14. Okt. 1918, vormittags von 9—12 Uhr an die Kreisamtsstelle in Dillenburg (Neuer Güterbahnhof) zu Händen des Vorstehenden, Herrn Kaufmanns Karl Haardt, abgeliefert sind.

Sofort etwa bis zu diesem Zeitpunkt beschlagnahmte Gegenstände nicht abgeliefert werden können, ist dem Vorstand rechtzeitig Mitteilung zu machen unter Angabe der Gründe.

Es wird darauf hingewiesen, daß diejenigen Personen, die der Ablieferungsfrist nicht nachkommen, mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 10000 Mk., soweit nach den allgemeinen Strafrechtssatzungen höhere Strafen nicht verurteilt sind, bestraft werden.

Dillenburg, den 21. September 1918.

Der Kreisamtsrat: v. Sybel.

Wird hiermit veröffentlicht.

Herborn, den 27. September 1918.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Hessen-Nassauische landwirtschaftl. Berufsgenossenschaft.

Gemäß § 33 der Hessen-Nassauischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft werden bis 8. Oktober d. J. auf Zimmer Nr. 4 des Rathauses die Anmeldungen von Veränderungen (Betriebsverstellungen, Betriebsveränderungen, Vermehrung oder Verminderung des bewirtschafteten Grundbesitzes) in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben entgegengenommen.

Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß Betriebsunternehmer, welche die erforderlichen Anzeigen nicht erstatten, zur Zahlung der nach den jetzigen Einträgen im Unternehmerverzeichnis zu erhebenden Beiträgen verpflichtet bleiben, unbeschadet des Rechts der Berufsgenossenschaft, sich auch an andere dieserhalb haftbare Personen halten zu können.

Herborn, den 20. September 1918.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Die letzte Auszahlung der Reichsfamilienunterstützungen für September erfolgt Samstag, den 28. ds. Mts. Alle Unterstützungen sind abzuholen.

Die Stadtkasse.

Fuhrknecht,

der auch Landwirtschaft versteht, bei freier Station gesucht.
Kalkwerk Benner, Bicken.

Eine

größere Anzahl Kisten

zu verkaufen. Näheres Turnhalle Rathaus.

Herborn, den 27. September 1918.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Innung

des Schlosser-, Spengler- u. Installateurhandwerkes des Dillkreises.

Sämtliche Mitglieder haben zu der am Samstag, den 28. ds. Mts., nachmittags 1/3 Uhr im Hotel Neuhoß in Dillenburg stattfindenden

Bersammlung

vollzählig zu erscheinen.

Beerdigungsinstitut von August Sarges

Telephon 259 Wetzlar Engelsasse 18 Altes Pfarrhaus

Empfehle bei vorkommenden Trauerfällen mein großes Lager

fertiger Särge aus Holz und Metall
in allen Preislagen.

Uebernahme von Transporten der Gefallenen aus dem Felde.

Verbrennungen unter entgegenkommendsten Bedingungen.
Eingang vom Eisenmarkt.

Wir suchen zuverlässigen, gewissenhaften Mann, Kriegsinvaliden nicht ausgeschlossen, als

Nachtwächter.

Berkenhoff & Drebes, Merkenbach.

Bank für Handel und Industrie.

(Darmstädter Bank.)

Agentur Herborn.

Fernruf Nr. 45. Herborn. Dillstrasse.

Reichsbank-Giro-Konto. Postscheck-Konto Frankfurt a. M. Nr. 7765

Aktienkapital und Reserven: 192 Millionen Mark.

Die BANK FÜR HANDEL & INDUSTRIE, Agentur Herborn, empfiehlt sich zur Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte wie:

An- und Verkauf von Wertpapieren, Geldsorten u. s. w., Diskont-, Scheck- und Konto-Korrent-Verkehr.

Aufbewahrung und vollständige Verwaltung von Wertpapieren und Wertgegenständen aller Art.

Vermietung von eisernen Schrankfächern.

Annahme von Bar-Depositen gegen Ausstellung von Einlagebüchern.

Die Bank für Handel & Industrie ist „laut Bekanntmachung der Großherzoglich-Hessischen Regierung vom 17. August 1900“ in Hessen zur Annahme von Mündelgeldern geeignet.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, 29. September

(18. n. Trinitatis).

Erntedankfest.

Herborn:

10 Uhr: Hr. Pfr. Contradi

Lieder: 440 16, 161

Beichte u. hl. Abendmahl

Dritte Quartalskollekte.

12 Uhr: Gottesdienst u. hl. Abendmahl für Taubstumme: Herr Dekan Ernst aus Idstein.

2 Uhr: Hr. Pfr. Weber

Lied: 342

Abends 8 1/2 Uhr:

Bersamml. im Vereinshaus

Burg:

1 Uhr: Kindergottesdienst

2 Uhr: Hr. Pfr. Contradi

Hörbach:

4 Uhr Hr. Pfr. Weber

Taufen und Trauungen:

Herr Pfarrer Contradi

Mittwoch abends 9 Uhr:

Jünglingsverein.

Lichtspieltheater Herborn

Saalbau Metzler

Sonntag, den 29. September 1918,
abends 8 Uhr:

Strandgut

Hauptdarstellerin: Ellen Richter

Drama in 4 Akten.

Rechtsanwalt Anna

Luftspiel in 2 Akten.

Ostafrika.

Preise der Plätze: 1. Platz Mk. 1,20, 2. Platz Mk. 0,90.

Für Bieherei, Schlosserei und sonstige Betriebe

größere Anzahl

Frauen u. Mädchen

gesucht.

Neuhoffnungshütte b. Sins

Brennholz

zu Mk. 3,75 pro Zentner
sowie auch Abfälle liefert

Albert Müller, Cassel,
Obere Königsstraße 39.

Mädchen

das Hausarbeit versteht
Haushalt b. g. Lohn
Frau M. Böring,
Friedberg i. Hesse,
Kaiserstr. 126.

Alleinmädchen

oder einfache Stütze für
besseren Haushalt von
Personen sofort oder
gesucht.

Frau E. Klein,
Wirges (Westerwald).

Kleine ruhige Frau
sucht eine

2-3-Zimmerwohnung

Angebote unter H. H. 10
an die Geschäftsst. d. B.

Größeres Haus

mit Garten
und weiterem Land
kaufen gesucht.

Besitzer kann vorläufig
Pächter weiterwohnen.
Offerten sub B. B. 10
an die Annoncenexpedition
Haasenstein & Vogler
A.-G., Köln.

Jauchepumpen

Rübenschneider

empfehlen W. Wagner
Oberfeld



Gestern erhielt ich die tieftraurige Nachricht, daß
mein innigstgeliebter, unvergeßlicher Mann, unser guter
Sohn und Schwiegersohn

der Landsturmann

Emil Emmeler

an einer Lungenentzündung im Kriegslazarett zu Valenciennes im
Alter von 37 Jahren gestorben ist.

Herborn, den 25. September 1918.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:

Else Emmeler, geb. Eichhorn.